

NEUES VERTRAUEN IN WOHLSTAND UND WIRTSCHAFTSWACHSTUM

Wachstumsagenda umsetzen. Wäre Deutschlands Wirtschaftswachstum so hoch, wie der im Durchschnitt der europäischen Nachbarn, hätten wir 20 Milliarden Euro mehr an Steuereinnahmen. Deshalb muss neues Wachstum das wirtschaftspolitische Ziel Nummer 1 sein. Es braucht jetzt in Deutschland eine Wachstumsagenda. Das Anti-Wachstumsprogramm der Ampel muss schnell beendet werden, es vernichtet Wohlstand in unserem Land. Dazu brauchen wir eine neue Fairness, die Leistung honoriert und nicht die Inanspruchnahme von Sozialleistungen, die Unternehmen und Leistungsträger entlastet und nicht belastet und die den Staat fitter macht und nicht fetter.

Gastro-Mehrwertsteuer ermäßigen. Wirtshäuser, Gaststätten und Restaurants sind ein bedeutender Wirtschaftsfaktor. Sie sind wichtiger Teil unserer Kultur und unseres gesellschaftlichen Lebens. Viele Betriebe besonders im ländlichen Raum leiden noch immer an den Folgen der Corona-Pandemie und sind zudem stark durch die Energiekrise belastet. Wir lehnen deshalb das Auslaufen der von uns durchgesetzten Mehrwertsteuer-Ermäßigung für die Gastronomie zum 31.12.2023 ab und fordern die Ampel auf, den ermäßigten Mehrwertsteuersatz von sieben Prozent für Speisen dauerhaft anzuwenden.

Unternehmen entlasten. Im internationalen Vergleich ist Deutschland ein Hochsteuerland. Deutschland hat mit die höchsten Ertragsteuersätze der Industrieländer. Die Wirtschaft kann nur wachsen, wenn Unternehmen Spielräume haben. Deshalb müssen wir die politischen Zeichen auf Entlastung stellen und zwar in allen Bereichen. Dazu gehören die Senkung der Steuern für im Unternehmen verbleibende (thesaurierte) Gewinne auf ein wettbewerbsfähiges Niveau von 25 Prozent und eine Entlastung der arbeitenden Mitte. Außerdem wollen wir die Möglichkeiten zur Verlustverrechnung deutlich ausweiten: Unternehmen sollen Verluste aus den Vorjahren im laufenden Jahr in vollem Umfang verrechnen können. Das entspricht dem Prinzip einer leistungsgerechten Besteuerung. Damit hätten Unternehmen in einem wirtschaftlich schwierigen Umfeld schnell mehr Geld zur Verfügung. Zudem brauchen wir dringend ein Belastungsmoratorium mit einer „one in – two out“-Regel für neue Gesetze. Wir wollen eine Bundesexperimentierklausel einführen, um insbesondere den Kommunen mehr Spielräume zu lassen, bürger- und unternehmensfreundliche, unbürokratische Regelungen vor Ort zu finden.

Innovationen fördern. Wir wollen in Schlüsselbereichen die Technologieführerschaft übernehmen und Spitzenreiter in der Welt bleiben. Wir wollen Fortschritt durch Forschung und Entwicklung fördern. Deshalb wollen wir die steuerliche Forschungsförderung verdreifachen und die Bemessungsgrundlage der Forschungszulage auf 12 Millionen Euro pro Unternehmen erhöhen – für Innovationskraft hoch 3. Gleichzeitig wollen wir Wagniskapital mit steuerlichen Anreizen fördern und damit zu einer innovativen, lebendigen Start-up-Kultur beitragen.

Fachkräfte gewinnen. Deutschland braucht die klügsten Köpfe. Daran besteht kein Zweifel. Statt aber die Anforderungen an Qualifikation immer weiter zu senken, müssen wir zunächst die bereits vorhandenen Potenziale innerhalb der Europäischen Union besser nutzen. Um im Wettbewerb um die klügsten Köpfe international attraktiver zu werden, braucht es schnellere und unbürokratischere Verfahren bei der Visaerteilung und eine neue vollständig digital arbeitende Bundesagentur für Einwanderung („work-and-stay“), die Fachkräften unbürokratisch alle Services aus einer Hand bietet. Auch die Qualifizierungsmaßnahmen für Geflüchtete müssen deutlich ausgeweitet werden, um diese schnell in den ersten Arbeitsmarkt zu integrieren. Arbeitswille darf nicht durch Bürokratie und Verbote genommen werden. Wer zu uns kommt, muss arbeiten. Das ist der Grundgedanke der sozialen Marktwirtschaft.

Bürgergeld neu ausrichten. Die zunehmende Erosion des Lohnabstandsgebots stellt eine fundamentale gesellschaftliche Gerechtigkeitsfrage. Für uns gilt: Wer arbeitet, muss deutlich mehr haben als

jemand, der nicht arbeitet. Ein Netto-Arbeitslohn muss immer höher sein als die Kombination von verschiedenen Sozialleistungen. Dieses Leistungsversprechen unserer Gesellschaft wollen wir verteidigen und dafür das Lohnabstandsgebot wieder herstellen. Außerdem muss die Bürgergeld-Reform der Ampel zurückgenommen und der Vermittlungsvorrang wieder eingeführt werden. Geringqualifizierte sollen auch in Ausbildung vermittelt werden können, wenn damit ihre Arbeitsplatzsicherheit nachhaltig erhöht wird. Wir wollen die Arbeitsmarktpolitik wieder am Prinzip Fördern und Fordern ausrichten und dafür die Mitwirkungspflichten der Bürgergeldempfänger verbindlich regeln und Sanktionen einfacher durchsetzen. Wir wollen dafür sorgen, dass erwerbsfähige Bürgergeldempfänger eine verfügbare Arbeit annehmen müssen und dass diejenigen, die sich der Mitwirkung beharrlich verweigern, mit Leistungstreue sanktioniert werden. Eine Maximaldauer für Leistungstreue lehnen wir ab. Es muss so lange Leistungstreue geben, wie ein Bürgergeldempfänger sich weigert, zumutbare Arbeit anzunehmen.

Arbeitszeit flexibilisieren. Wir sind überzeugt: Mit der Veränderung der Arbeitswelt müssen sich auch die Bedingungen und Regeln für modernes Arbeiten an die Bedürfnisse der Menschen anpassen. Deshalb fordern wir, dass sich Arbeitgeber und Arbeitnehmer künftig individuell und flexibel auf passende Arbeitszeitmodelle verständigen können. Dazu wollen wir die gesetzliche Höchstarbeitszeit pro Tag im Sinne einer Flexi-Woche zu einer Höchstarbeitszeit pro Woche weiterentwickeln. Diese Wochenarbeitszeit ermöglicht es gerade Familien mit Kindern, Wohlstand zu schaffen und dennoch Zeit für die Familie zu haben.

Mehrarbeit anerkennen. Wir wollen, dass Mehreinnahmen durch Mehrarbeit beim Arbeitnehmer landen und nicht beim Finanzamt. Überstunden gehören ins Portemonnaie und nicht in den Steuerbecheid. Wer mehr arbeiten möchte als bisher, soll dazu attraktive Rahmenbedingungen vorfinden. Deshalb wollen wir Überstunden steuerfrei stellen.

NEUES VERTRAUEN IN EIN WEHRHAFTES DEUTSCHLAND

Existenzrecht Israels verteidigen. Wir stehen fest und unverrückbar an der Seite Israels. Dieses Bekenntnis ist ein zentraler Pfeiler unserer Außen- und Sicherheitspolitik. Israel hat das Recht, sich gegen den Terror von Hamas, Hisbollah und verbündeten Gruppierungen auch militärisch mit aller Kraft zu verteidigen. Auch dabei hat Israel unsere volle Unterstützung. Das Existenzrecht Israels ist deutsche Staatsräson und zentrale Voraussetzung für eine dauerhafte politische Lösung im Nahen Osten. Deutschland nimmt nicht nur seine historische Verantwortung gegenüber dem jüdischen Staat wahr, Israel ist auch die einzige Demokratie im Nahen Osten, die wir in einem herausfordernden geopolitischen Umfeld stärken wollen. Dazu wollen wir die politischen, wirtschaftlichen, sicherheitspolitischen und gesellschaftlichen Verbindungen zwischen Deutschland, Bayern und Israel weiter vertiefen. Wir wollen die Einrichtung eines deutsch-israelischen Jugendwerkes.

UNRWA-System beenden. Deutsches Geld darf nicht in den Händen von Terrororganisationen landen, die Israel bekämpfen, Terror schüren und den Frieden verhindern. Wir müssen sicherstellen, dass humanitäre Hilfe ausschließlich die Menschen erreicht, die sie dringend benötigen und Gelder nicht für Terrorfinanzierung oder -verherrlichung zweckentfremdet werden. Wo dies nicht sichergestellt werden kann, müssen Mittel eingefroren und ausgesetzt werden. Die Ampelregierung versäumt es, hier die Öffentlichkeit zu informieren und versteckt sich hinter nichtssagenden, als Verschlussache eingestuften Berichten. Eine Reformnotwendigkeit gibt es auch bei der Finanzierung des Hilfswerks der Vereinten Nationen für Palästina-Flüchtlinge im Nahen Osten (UNRWA). Wir fordern im Rahmen einer Nachkriegsordnung mit Hilfe des UN-Flüchtlingswerks UNHCR eine neue Struktur der kontrollierten Finanzierung für die palästinensischen Gebiete und die Beendigung des UNRWA-Systems.

Fregatte ins Rote Meer entsenden. Zwei elementare Sicherheitsinteressen der Bundesrepublik Deutschland werden aktuell im Roten Meer herausgefordert: die Sicherheit Israels und die Freiheit der Handelswege. Seit Oktober 2023 schießen vom Iran unterstützte Huthi-Terroristen wiederholt Raketen aus dem Jemen auf Israel und bedrohen damit den jüdischen Staat. Gleichzeitig greifen die Huthis im Roten Meer gezielt westliche Handelsschiffe an und gefährden damit den freien Warenverkehr durch den Suezkanal. Diese Angriffe auf Israel, die freie Seeschifffahrt und unsere vitalen Interessen müssen sofort beendet werden. Wir wollen, dass Deutschland seiner internationalen Verantwortung gerecht wird und sich ebenso wie die USA, Frankreich, Italien, Spanien und die Niederlande kurzfristig mit einer Fregatte an der internationalen Marinemission im Roten Meer beteiligt und so einen Beitrag zur Sicherheit im Nahen Osten und unserer Handelswege leistet. Denn eine Aufgabe der Bundeswehr, gerade in internationalen Missionen, ist es auch, die Freiheit von Handelswegen zu sichern.

Bundeswehr nachhaltig stärken. Wir wollen den Verteidigungshaushalt erhöhen und eine Beschaffungsoffensive starten. Wir sind davon überzeugt: Mehr Geld für Verteidigung ist für unsere Sicherheit zwingend erforderlich. Daher wollen wir einen Verteidigungsetat von mindestens zwei Prozent und eine Vollaussattung der Bundeswehr. Um dieses Ziel schnell zu erreichen, brauchen wir eine grundlegende Reform des Planungs- und Beschaffungswesens der Bundeswehr. Das Beschaffungsamt der Bundeswehr (BAAINBw) ist heute zu breit aufgestellt. Es beschafft alles vom Fahrrad bis zur Fregatte und betreut nach dem Kauf auch noch die Nutzung des Geräts. Wir wollen aus dem Amt die ganz großen Beschaffungsvorhaben herauslösen und in eine neue schlanke, schlagkräftige Agentur überführen. Zudem fordern wir eine klare Zusage der Ampel, dass sie umgehend von ihrem Vorhaben Abstand nimmt, das Sondervermögen Bundeswehr für den laufenden Betrieb der Streitkräfte zweckzuentfremden.

Drohnenarmee aufbauen. Moderne Verteidigung braucht Drohnen. Sie stellen entscheidende Systeme zur Aufklärung, militärischen Führung und zur notwendigen Luftunterstützung dar. Deutschland hat hier erheblichen Nachholbedarf. Deshalb brauchen wir eine Drohnenarmee, inklusive der notwendigen Produktionskapazitäten in Deutschland, um im Verteidigungs- und Bündnisfall und in den internationalen Einsätzen der Bundeswehr unsere Soldaten bestmöglich schützen und die Kampfstärke unserer Armee entscheidend erhöhen zu können. Dafür ist notwendig, dass diese Drohnen auch bewaffnet werden müssen. Links-grüne Blockaden können wir uns hier im Interesse der Sicherheit unseres Landes und unserer Soldaten nicht leisten. Das gilt auch und insbesondere für die Euro-Drohne, die ebenfalls mit Bewaffnung in der Bundeswehr eingesetzt werden muss. Gleichzeitig müssen endlich auch wirksame Fähigkeiten zur Abwehr von Drohnen beschafft werden und zukünftig integraler Bestandteil aller Verbände der Bundeswehr sein – ähnlich einer Flugabwehr bzw. Drohnenabwehrtruppe.

Moderne Bundeswehr-Infrastruktur schaffen. Einsatzfähigkeit ist nicht nur eine Frage von Gerät, sondern auch von Gebäuden. Die Infrastruktur der Bundeswehr ist in weiten Teilen nicht mehr zeitgemäß. Zudem ist Deutschland zentrales Aufmarschgebiet für die Verteidigung an der NATO-Ostgrenze und auch dafür müssen wir unsere Infrastruktur modernisieren. Deutschland braucht neue Kasernen, neue Übungsplätze, neue Depotstrukturen und neue Verwaltungseinheiten. Krieg in Europa ist als reale Bedrohungslage zurückgekehrt. Deshalb sind die Zeiten einer Reduzierung der militärischen Infrastruktur vorbei. Wir brauchen Aufbau statt Rückbau.

Rüstungsindustrie stärken. Die deutsche Rüstungsindustrie ist das Rückgrat unserer Verteidigungsfähigkeit. Um wirtschaftlich arbeiten, innovativ entwickeln und leistungsfähig produzieren zu können, ist sie existenziell auf globale Exportmärkte angewiesen. Die Ampel blockiert aber regelmäßig europäische Kooperationsprojekte und will unsere Unternehmen mit einem neuen Rüstungsexportkontrollgesetz weiter beschränken. Immer mehr unserer Partner nehmen deshalb Abstand vom Kauf deutscher Rüstungsgüter. „Made in Germany“ droht durch „German Free“ ersetzt zu werden. Wir lehnen deshalb jede weitere Verschärfung von Exportbestimmungen ab, wollen Rüstungsk Kooperationen mit unseren internationalen Partnern stärken und hochspezialisierte Industriearbeitsplätze in Deutschland erhalten und ausbauen. Zudem fordern wir, die Rüstungsbranche von drohenden Beschränkungen durch die EU-Taxonomie am Kapitalmarkt zu befreien.

Ukraine weiter entschlossen unterstützen. Wir stehen weiter fest an der Seite der Ukraine, die sich mit ganzer Kraft gegen den russischen Aggressor verteidigt. Wir wollen, dass die Ukraine diesen Krieg gewinnt und die Ukrainer in Sicherheit vor Russland leben können. Deshalb müssen wir das Land weiter politisch, finanziell und militärisch unterstützen. Dazu gehört ganz explizit auch die Lieferung von Taurus-Marschflugkörper an die ukrainische Armee. Denn ein Triumph Russlands über die Ukraine würde Putin zu weiteren Aggressionen ermutigen, die Sicherheitslage in Europa dramatisch verschärfen und die Zahl der Flüchtlinge in Europa deutlich erhöhen. Wir sehen die Ukraine als Teil der westlichen Wertegemeinschaft und fordern, dass sich die Bundesregierung beim NATO-Gipfel zum 75. Bündnis-Jubiläum 2024 in Washington für eine langfristige NATO-Unterstützungsstrategie und für ein Konzept zur langfristigen Einbindung in die westliche Sicherheitsarchitektur einsetzt. Der Wiederaufbau der Ukraine erfordert einen entschlossenen politischen Willen. An dieser Kraftprobe wird sich aber auch entscheiden, ob das westliche System seine Überzeugungskraft gegenüber autokratischen Regimen noch beweisen kann.

Deutsches Geld für deutsche Interessen verwenden. Wir wollen, dass Entwicklungshilfe und wirtschaftliche Zusammenarbeit zukünftig ein wirksamer Hebel sind, um deutsche Interessen im Ausland durchzusetzen. Es ist nicht zielführend, wenn Deutschland im Gießkannenprinzip weltweit Projekte fördert und beispielsweise Gender-Trainings in China finanziert. Wir wollen international Verbündete gewinnen, um Migrationsströme zu stoppen, illegale Migranten zurückzunehmen, strategisch wichtige Rohstoffe für Deutschland zu mobilisieren und den Einfluss autoritärer Regime, die unsere Sicherheit bedrohen, zu minimieren. Diesen Zielen muss die Finanzierung im Rahmen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit dienen. Geld von deutschen Steuerzahlern kann nur bekommen, wer mit uns arbeitet und nicht gegen uns, wer uns hilft und nicht behindert.